

Herausgeber und verantwortl. Redakteur:
Karl Honay

434

Wien, am Freitag, den 28. November 1930 Zweite Ausgabe.

Der städtische Veranschlag für 1931.

Der Wiener Stadtsenat trat heute gemeinsam mit dem städtischen Finanzausschuss unter dem Vorsitz des Bürgermeisters in die Beratung über den Veranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1931 ein. Den Bericht erstattete amtsführender Stadtrat Breitner, der ausführte, dass der neue Veranschlag in einer Zeit aufgestellt werden musste, in der eine furchtbare Krise die gesamte Weltwirtschaft erschütterte. Dies werde durch die Mitteilung der Deutschen Arbeitslosenversicherungsanstalt gekennzeichnet, wonach im Deutschen Reich am 15. November dieses Jahres 3,484.000 Menschen arbeitslos waren; in England ist die Zahl der Arbeitslosen auf 2,285.000 gestiegen. Die Zahl der Arbeitslosen in der ganzen Welt wird auf 13,000.000 bis 15,000.000 Menschen geschätzt. Es ist selbstverständlich, dass sich diese Verhältnisse auch auf Oesterreich sehr ungünstig ausgewirkt haben und auswirken. Dazu kommt noch die Lockerung des Mieterschutzes, die in den Haushalten zu einschneidenden Einschränkungen geführt hat. Da ein sehr grosser Teil des Hausbesitzes in Händen von Ausländern ist, verbleiben erhebliche Teile des erhöhten Mietzinses nicht in unserer Wirtschaft, sondern fliessen ins Ausland ab. In der denkbar ungünstigsten Weise hat sich auch die politische Beunruhigung geltend gemacht. Jeder einzelne österreichische Industrielle, Gewerbetreibende und Kaufmann bis zum kleinsten Gemischtwarenhändler weiss davon ein Lied zu singen. Als äusseres Kennzeichen für die verheerende Folge dieser politischen Beunruhigung kann die Bewegung des Einlagenstandes angeführt werden. Im Oktober 1928, als Ruhe herrschte, war bei den Wiener Banken und Sparkassen ein Zuwachs bloss im Einlagebuchverkehr von 12'8 Millionen Schilling zu verzeichnen. Im Oktober 1929 hatten die bekannten Drohungen der Heimwehr und der kaum verhüllte Zusammenbruch der Bodenkreditanstalt zur Folge, dass die Einlagen um 11'2 Millionen Schilling zurückgingen. Im heurigen Oktober, als sogar österreichische Minister Putschreden hielten und den Nationalrat als Quatschbude bezeichneten, sind die Einlagen um 12'5 Millionen Schilling zurückgegangen. Dabei beziehen sich diese Ziffern, wie schon erwähnt, nur auf die Einlagebücher. Da grössere und grosse Einlagen auf Kontokorrent erliegen, sind also von dort hohe Summen ins Ausland abgewandert. Stadtrat Breitner kommt sodann auf die Abgabenteilung zu sprechen; er verweist darauf, dass der Veranschlag auf Grund der geltenden Gesetze aufgestellt worden sei. Das Gleiche habe auch der Bund getan. Trotzdem dürfe man über die Drohungen, Wien in der unerhörtesten Weise zu verkürzen, nicht still hinweggehen. Es sei die 7. Abgabenteilungsnovelle in Aussicht und wieder plane man, wie in den vorhergegangenen sechs Fällen, Wien in der unerhörtesten Weise zu schädigen. Das System der Abgabenteilung wirke auf diese Weise geradezu demoralisierend. Man verlasse sich einfach in den Ländern darauf, nach 18 oder 24 Monaten aus Wien wieder einige Millionen herauszuholen; es gibt sogar Stellen, die sich überhaupt nicht die Mühe nehmen, ihren Haushalt aus eigener Kraft in Ordnung zu bringen. Es gibt natürlich auch einzelne österreichische Bundesländer, die tadellos wirtschaften und kein Defizit haben; trotzdem aber beteiligen sich auch diese an der Plünderung Wiens. Es wäre das allerbeste, die ganze Abgabenteilung aufzulassen und zum alten System der Zuschläge zurückzukehren. Das hätte den Vorteil, dass jede Hoheitsverwaltung wirklich die Verantwortung für die von ihr eingehobenen Abgaben zu tragen hätte; es könnte auch dann nicht mehr von einer Bevorzugung Wiens gesprochen werden. Die Gemeindeabgaben wurden im Veranschlag in der Annahme eingesetzt, dass es möglich sein werde, die derzeit geltenden Ermässigungen auch im Jahre 1931 aufrecht zu erhalten. Dies sei aber nur möglich, wenn die Abgabenteilung ohne jede Verkürzung Wiens vor sich gehe. Ansonsten müssten je nach dem Masse der Schädigung der Gemeinde Wien, so sehr dies auch zu bedauern wäre, die Begünstigungen ganz oder teilweise aufgehoben werden, ja es würde sich sogar, wenn die wahnwitzigen Pläne, von denen in der Öffentlichkeit die Rede ist, Wirklichkeit worden, die Nötigung ergeben, neue Abgaben einzuführen. Das Vetorecht des Bundes endet am 31. Dezember dieses Jahres, womit der Wiener Landtag wieder sein Gesetzgebungsrecht zurück erhält. Es besteht bei der Gemeinde bei weitem nicht die Absicht, Steuern zu erhöhen und Begünstigungen zu entziehen; das Bestreben der Gemeinde ist vielmehr darauf gerichtet, einen Abbau vorzunehmen. Wenn aber doch ein anderer Weg eingeschlagen werden müssen, so hat dafür jene Mehrheit des Nationalrates die Verantwortung zu tragen, die die Schädigung Wiens beschliesst.

In der Generaldebatte, mit der zugleich die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für Finanzwesen abgeführt wird, spricht zunächst Stadtrat Kunschak.

/Ein zweiter Bogen folgt/

Der Redner erklärt, dass der Voranschlag auf die sehr schwierige Lage der Wirtschaft keinerlei Rücksicht nehme. Der Voranschlag folgt ganz mechanisch den vorhergegangenen Budgets, es ist keine Änderung des Systems, sondern nur eine Änderung der Ziffern festzustellen. Das Charakteristische an dem Wiener Steuersystem ist vor allem die Steuerpraxis, die auf das freie Ermessen aufgebaut ist; davon wird in der rücksichtslosesten Weise Gebrauch gemacht. Die gewährten Begünstigungen werden immer vollständig dadurch aufgehoben, dass durch die Praxis des freien Ermessens die wirklichen Erträge der Steuern entsprechend erhöht werden. Daher sind die Ziffern im Voranschlag nur als Hausnummern zu werten. Zur Frage des städtischen Wohnhausbaues führt Stadtrat Kunschak aus, dass dieser unter brutalster Ausnützung der Steuerquellen finanziert wird, ohne Rücksicht darauf, ob die Wirtschaft solche Lasten ertragen kann oder nicht. Was für diese Zwecke aus der Wirtschaft herausgeholt wird, ist schon die Anzapfung der Schlagader unserer Wirtschaft. Auf diese Art kann die Wirtschaft niemals wirklich gesund sein. Eine derartige Finanzierung des städtischen Wohnhausbaues ist auf die Dauer unmöglich; es muss ein anderer Weg beschritten werden, und zwar der Weg einer Wohnbauleihe, deren Verzinsung und Amortisation auf Grundlage der Wohnbausteuer zu erfolgen hätte. Hinsichtlich der Abgabenteilung erklärt Stadtrat Kunschak, dass der Kampf sich letzten Endes in einem mehr oder weniger fühlbaren Abstrich an den Ertragsanteilen der Stadt Wien auswirken werde. Alle Länder fühlen sich zugunsten Wiens geschädigt. Die Konstruktion der Abgabenteilung ist verfehlt, wir werden daher ohne Kürzung der Ertragsanteile der Gemeinde Wien aus diesem Kampf nicht herauskommen. Wenn Breitner droht, bei Kürzung der Ertragsanteile der Gemeinde Wien die Begünstigungen aufzuheben, so ist das eine eigenartige Methode. Breitner macht einfach die Wiener Bevölkerung zum Prügelknaben. Stadtrat Kunschak bespricht dann die von der Gemeinde durchgeführten Grundankäufe. Im Jahre 1929 wurden für die Grundankäufe 5.000.000 Schilling eingesetzt, in Wirklichkeit aber rund 11.000.000 Schilling ausgegeben. Das ist eine ungeheuerliche Vermögensanlage und Vermögensmehrung. Ein solcher Zustand ist nur in einer Zeit eines gesunden Wirtschaftslebens möglich, in einer Zeit, in der die Wirtschaft mindestens aktiv ist, nicht aber in einer Zeit der Vermögensaufzehrung. Bei der Besprechung des ausserordentlichen Notstandsprogrammes der Gemeinde erklärt Stadtrat Kunschak, dass es sich bei diesem Investitionsprogramm nur um eine Aufholung eines alten Rückstandes handle. Mit dem ausserordentlichen Notstandsprogramm macht die Gemeinde nur den Versuch, aus der Not eine Tugend zu machen.

Vizebürgermeister Hoss tritt zunächst der Meinung des Finanzreferenten entgegen, dass die Wirtschaftskrise auch eine Folge der Lockerung des Mieterschutzes sei. Er bespricht dann eingehend die allgemeine Wirtschaftslage und schliesst sich der Meinung des Stadtrates Kunschak an, dass der städtische Wohnhausbau mittels einer Anleihe finanziert werden müsse, da das rücksichtslose Festhalten an den Steueransätzen den vollständigen Ruin des Wirtschaftslebens nach sich ziehe. Vizebürgermeister Hoss stellt an den Referenten einige Anfragen und verlangt schliesslich, dass die Gemeinde in der Frage der Reichsbrücke mit dem Bund in ernste Verhandlungen treten müsse.

Stadtrat Dr. Alma Motzko spricht ausführlich über das Wohlfahrtswesen, wobei sie kritisiert, dass die Fürsorge der Gemeinde viel zu teuer zu stehen komme. Das sei gleichbedeutend mit einer Geldverschwendung. Sie tadelt auch, dass die Subventionspolitik einseitig eingestellt ist und dass auch die Personalpolitik nach parteipolitischen Grundsätzen geführt wird. Bei der Besprechung des Voranschlages für die Verwaltungsgruppe für Finanzwesen erklärt die Rednerin, dass die Erleichterungen bei den verschiedenen Abgaben noch lange nicht ausreichen. Wenn die Gemeindeverwaltung der traurigen Lage der Wirtschaft wirklich Rechnung tragen will, müsse das ganze Steuersystem vom Grund auf geändert werden.

Gemeinderat Angermayer führt aus, dass die Opposition stets bemüht sei, sachliche Kritik zu üben. Der vorliegende Voranschlag müsse ebenso wie die anderen abgelehnt werden, weil ihm schwere Mängel grundsätzlicher Natur anhaften. Ebenso wie die anderen Voranschläge nimmt auch der Voranschlag für das Jahr 1931 auf die Wirtschaft keine Rücksicht, eine Befruchtung der Wirtschaft ist also ganz ausgeschlossen. Der Voranschlag zeigt, dass alles beim alten Breitnersystem geblieben ist, was eine schwere Gefahr für die gesamte Wirtschaft darstellt. Während die Wirtschaft ärmer wird, wird die Gemeinde reicher. Auf diese Weise sucht Breitner den Weg zum sozialistischen Staat freizumachen.

Die Verhandlungen werden nun abgebrochen; sie werden am Montag um 16 Uhr fortgesetzt. Zum Wort kommt Gemeinderat Angermayer, der seine Rede in der heutigen Sitzung nicht beendet hat.